

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung		Drucksachen-Nr. 389/2006	
		<input checked="" type="checkbox"/>	Öffentlich
		<input type="checkbox"/>	Nichtöffentlich
Beschlussvorlage			
Beratungsfolge ▼		Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Hauptausschuss		22. 08. 2006	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Reorganisation Bürgerbüros

Beschlussvorschlag:

@->

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, alle notwendigen Schritte zur Einführung der Mobilien Bürgerdienste Bergisch Gladbach in die Wege zu leiten.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, nach Abschluss der Verhandlungen mit den ortsansässigen Bankinstituten dem Hauptausschuss die regelungsbedürftigen Details wie Standorte und Öffnungszeiten zur Beschlussfassung vorzulegen.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

1.

Nach Auffassung der Verwaltung ist das Projekt „Mobile Bürgerdienste“ in Bergisch Gladbach umsetzbar und würde den Bürgerservice deutlich verbessern. Die Wege für die Bürgerinnen und Bürger würden kürzer, sie könnten in ihrem Wohn- oder Arbeitsumfeld die zum Bürgerbüro notwendigen Behördengänge erledigen. Die in Berlin gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass diese Außenstellen im gewohnten Umfeld besser angenommen werden, als die „Amtsstuben“ im Rathaus oder Stadthaus.

Unter Berücksichtigung der Einwohnerdaten und der räumlichen Situation könnten in Bergisch Gladbach folgende Standorte und Öffnungszeiten in Frage kommen:

Montag	9.00 Uhr – 12.00 Uhr	Hand
	14.00 Uhr – 17.00 Uhr	Bensberg
Dienstag	9.00 Uhr – 12.00 Uhr	Paffrath
	14.00 Uhr – 17.00 Uhr	Refrath
Mittwoch	9.00 Uhr – 12.00 Uhr	Schildgen
Donnerstag	9.00 Uhr – 12.00 Uhr	Bensberg
	14.00 Uhr – 17.00 Uhr	Herkenrath
Freitag	9.00 Uhr – 12.00 Uhr	Refrath

Die Nutzung städtischer Räume in den Ortsteilen scheidet wohl aus. Schulen sind als Standort problematisch. Die Arbeitsplätze der mobilen Bürgerbüros müssten natürlich zentral und eingangsnah liegen, in Schulen kämen nur die Eingangsbereiche in Frage. Dies ist wegen der Pausen wohl nicht möglich. Ein weiterer Hinderungsgrund sind die allgemeinen Schließungszeiten wie Nachmittage und Ferien.

Aus diesem Grund hat die Verwaltung zwei ortsansässige Banken angesprochen wegen einer Kooperation in den entsprechenden Filialen. Beide Institute sind interessiert, die mobilen Bürgerdienste in den wohl ausreichend großen Wartezonen der Filialen aufzunehmen und einen ansprechenden Arbeits- und Besucherplatz anzubieten. Zur Zeit werden technische Details wie Platzbedarf, Ausgestaltung der Arbeits- und Besucherplätze, technische Infrastruktur sowie Haftungs- und Versicherungsfragen untersucht. Die Verwaltung geht davon aus, dass eine Kooperation möglich sein wird.

Besetzt würden die mobilen Außenstellen immer mit zwei Mitarbeiterinnen. Erste Gespräche haben gezeigt, dass bei einem Rotationsverfahren durchaus Interesse am Einsatz in den Außenstellen besteht.

Die notwendige Technikausstattung wird vom Fraunhofer Institut – Nachrichtentechnik angeboten und besteht aus einem Koffer mit den Endgeräten (Notebook, Drucker, Scanner, Mouse, Desktop-Box mit allen notwendigen Komponenten). Die Installation der Software sowie die Erstellung eines Datensicherheitskonzeptes könnte verwaltungsintern geleistet werden. Der Datentransfer wäre je nach Standort sowohl über unterschiedliche Funknetze als auch leitungsgebunden möglich. Mit den Endgeräten in den Außenstellen würde über gesicherte Verbindung auf die im Bürgerbüro eingesetzte Software und die entsprechenden Daten zugegriffen. Die in einer Berliner Außenstelle (Amtshaus Buchholz in Pankow) gemachten Beobachtungen (Aufbau der Endgeräte, Netzaufschaltung, Öffnen und Anwenden der verschiedenen Programme) haben gezeigt, dass der Betrieb reibungslos und sehr zügig läuft. Die dort verwendete und der Stadt angebotene Hardware läuft problemlos.

Nach eingehenden Überlegungen sind keine daten- und sicherheitstechnischen Hindernisse erkennbar, auch nicht durch die Anbindung an die KDVZ.

Unabhängig von den stationären Außenstellen wäre es möglich, bei entsprechendem Mehrfachbedarf nach Terminabsprache auch sonstige Außentermine in Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen u. ä. anzubieten.

2.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist mit einem einmaligen Kostenaufwand in Höhe von 10.625,60 € (2 Koffer mit Endgeräten) sowie ca. 6.000,00 € für Leitungsarbeiten zu rechnen. Hinzu kämen laufende Kosten (Netz- bzw. Leitungskosten) in Höhe von ca. 5.000,00 € pro Jahr. Eventuelle Kostenforderungen der Kooperationspartner sind noch nicht bekannt.

Demgegenüber stehen folgende Einsparungen bei Inbetriebnahme zum 01.01.2007:

Einsparungen 2007

Personalkosten	70.000,00 €
Sachkostenpauschale lt. KGSt.	30.000,00 €
Miete Refrath	12.500,00 €
insgesamt	112.500,00 €

Einsparungen ab 2008

Personalkosten	70.000,00 €
Sachkostenpauschale lt. KGSt.	30.000,00 €
Miete Refrath	25.000,00 €
insgesamt	125.000,00 €

Hinzu kämen die kalkulatorischen Raumkosten für das Bürgerbüro Bensberg.

3.

Wie in der Sitzung des Hauptausschusses vom 30.05.2006 mündlich berichtet wurde, konnte der Kündigungstermin für den Mietvertrag Bürgerbüro Refrath auf Dezember 2006 verschoben werden. Spätestens dann muss der Mietvertrag aber zum 25.06.2007 gekündigt werden.

<-@

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung: - Eigenanteil: - objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	